



ÖAW

Österreichische Akademie
der Wissenschaften

Wissenschaftsstandort Österreich

Ein wissenschaftliches
Entwicklungsland?



ÖAW

Österreichische Akademie
der Wissenschaften

Wissenschaftsstandort Österreich

Ein wissenschaftliches
Entwicklungsland?

Wissenschaftsstandort Österreich

Ein wissenschaftliches Entwicklungsland?

Was ist ein guter Wissenschaftsstandort? An einem guten Wissenschaftsstandort wird die Suche nach dem Neuen und das Ergründen des Unverstandenen gesellschaftlich geachtet und begrüßt. Ein guter Wissenschaftsstandort zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Politik um die Bedeutung und den Zukunftswert von Wissenschaft und Forschung Bescheid weiß und am Montag nicht vergisst, was sie am Sonntag versprochen hat: Alles zu tun, damit Wissenschaft und Forschung gefördert werden, auch um Innovation und damit die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu stärken.

Ist Österreich ein guter Wissenschaftsstandort? Es ist ein verbesserungsfähiger Wissenschaftsstandort, lautet die Antwort. Unser Nachbarland, die Schweiz, zeigt jedenfalls, was erreichbar ist. Die Schweizer Universitäten liegen in internationalen Rankings weit vor den österreichischen. Forschungsförderung hat einen hohen Stellenwert, die öffentliche Hand stellt (auch, ja gerade in der gegenwärtigen Finanzkrise) wesentlich mehr Mittel für Grundlagenforschung zur Verfügung; es besteht gesellschaftlicher Konsens, dass nur Forschung und Entwicklung der hoch spezialisierten Schweizer Industrie, den Banken und Versicherungen Wettbewerbsvorteile verschaffen und Antworten auf gesellschaftliche Fragen geben können. Die Schweizer Forschungspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie langfristig angelegt, strategisch ausgerichtet sowie pragmatisch danach orientiert ist, welche Maßnahmen für Forschung und Entwicklung nützlich und damit dem Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Schweiz dienlich sind.

Mehr denn je ist es notwendig, das Wissenschafts- und Bildungssystem in Österreich in seiner Gesamtheit zu verbessern. Die Behandlung der Symptome reicht nicht. Im Wissenschaftsbereich ist für eine ideologiegeleitete Parteipolitik ebenso wenig Platz wie für eine Interessenspolitik, die nur die Vorteile einzelner Gruppen im Auge hat. Symbolische Maßnahmen, Dialoggruppen und die Diskussion von Details lenken immer wieder von den Kernfragen der Forschungs- und Wissenschaftspolitik in Österreich ab. Es ist Zeit, den Weg frei zu machen für eine sachorientierte, strategische und langfristig konzipierte Forschungspolitik.

Österreich ist ein verbesserungsfähiger Wissenschaftsstandort.

Im Wissenschaftsbereich ist für eine ideologiegeleitete Parteipolitik ebenso wenig Platz wie für eine Interessenspolitik.

Folgende Aspekte und Maßnahmen sind aus der Sicht der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) besonders einzumahnen:

- ▶ Erhöhung der Mittel für Grundlagenforschung
- ▶ Keine strikte Trennung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung
- ▶ Naturwissenschaften und Geistes-, Sozial-, Kulturwissenschaften: kein Entweder-oder
- ▶ Verbesserung des gesellschaftlichen Innovationsklimas und der Wissenschafts-erziehung
- ▶ Verlässlicher Finanzierungspfad für Wissenschaft und Forschung
- ▶ Budgeterfordernisse der ÖAW und Planungssicherheit
- ▶ Leistungsfähige Governance-Strukturen
- ▶ Exzellenz braucht Perspektiven
- ▶ Talentierte Köpfe – schöpferische Forschungsatmosphäre
- ▶ Frauenförderung hat sich nicht erübrigt
- ▶ Spitzenforschung in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften basiert auf Langfristigkeit
- ▶ Wissenschaft und Medien

► Erhöhung der Mittel für Grundlagenforschung

Österreichs Forschungs- und Wissenschaftspolitik befindet sich am Scheideweg, wie es auch der Wissenschaftsfonds FWF treffend formuliert hat. Österreich gibt zwar relativ viel für Forschung und Entwicklung aus, die Gesamtsumme der Ausgaben hat 2009 immerhin 2,73 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht, aber zu wenig fließt der Grundlagenforschung, den Universitäten und der ÖAW zu. Mit lediglich 0,4 Prozent Anteil der Ausgaben für Grundlagenforschung am BIP liegt Österreich weit hinter den „Innovation Leaders“ und unter dem Durchschnitt von EU und OECD (vgl. FWF Info 72, S. 10). ■

► Keine strikte Trennung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung

Die ÖAW lehnt in diesem Zusammenhang die von außen herangetragene Differenzierung in Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung ab, weil sie weder ziel führend noch in der Realität präzise anwendbar ist. Jede Grundlagenforschung wird zur anwendungsoffenen Forschung, wenn sich entsprechende Perspektiven ergeben, und jede anwendungsorientierte Forschung dient auch dem Erwerb von Grundlagenwissen. Die Geschichte jedes erfolgreichen Produkts war zunächst getragen von purer Neugier, Interesse an der Sache und Forscherdrang. Die Umsetzung in ein marktfähiges Produkt oder in ein lebensverlängerndes Medikament kam später. Das Eine ist ohne das Andere nicht möglich, und wer glaubt, sich nur auf Anwendung konzentrieren zu können, wird bald erkennen, dass die innovative Kraft in kurzer Zeit zum Erliegen kommt.

In der Öffentlichkeit hält sich auch eine irreführende Gleichsetzung von angewandter Forschung mit auf „wirtschaftliche“ Verwertbarkeit ausgelegter Forschung. Diese reduktionistische Sichtweise leugnet beispielsweise wichtige wissenschaftliche Beiträge zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen, wie sie etwa in der Politikberatung eingebracht werden. ■

Wechselspiel zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung

► **Naturwissenschaften und Geistes-, Sozial-, Kulturwissenschaften:
kein Entweder-oder**

Die GSK sind unerlässlich für das kulturelle, gesellschaftliche und politische Profil eines Landes.

In eine ähnliche Richtung gehend, lehnt die ÖAW auch die manchmal vernehmbare qualitative Differenzierung in „brauchbare“ Naturwissenschaften und „schöngeistige“ Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK) ab. Mit der naturwissenschaftlichen Forschung wird häufig eine unmittelbare Anwendbarkeit assoziiert, die GSK dagegen in die Ecke des „Akademischen“ gestellt. In Wirklichkeit gibt es kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Denn die GSK erfüllen – neben ihren genuin wissenschaftlichen Aufgaben – eine besondere Funktion für das kulturelle, gesellschaftliche und politische Profil eines Landes. Sie erforschen den Menschen in seinen sozialen, rechtlichen, sprachlichen, religiösen, musischen und geschichtlichen Entwicklungen und leisten damit einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag.

Auch im Sinne eines interdisziplinären Diskurses sind geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Reflexionen naturwissenschaftlicher Erkenntnisse unumgänglich, liefern sie doch wichtige weiterführende Einsichten in Genese und Konsequenzen technisch-naturwissenschaftlicher Produkte und Dienstleistungen.

Nicht zuletzt sind die GSK oftmals vergleichend bzw. sprach- und kulturübergreifend ausgerichtet und erfüllen damit eine völkerverbindende und auch friedenserhaltende Funktion. ■

► Verbesserung des gesellschaftlichen Innovationsklimas und der Wissenschaftserziehung

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt zu dem Ergebnis, dass sich Österreich (im Vergleich mit 17 Ländern) bei fast allen Einzelindikatoren, die den Input und den Output von Forschung und Entwicklung messen, im Mittelfeld befindet, beim Indikator „gesellschaftliches Innovationsklima“ aber Schlusslicht ist. Lediglich bei einem einzigen Indikator liegt Österreich im Spitzenfeld, nämlich bei der staatlichen Förderung von Forschung und Entwicklung von Unternehmen, die damit aber wenig erreichen, denn Österreichs Industrie bleibt innovationsschwach (FWF Info72, S.9). Diese Innovationschwäche ist strukturell begründet und vordergründig auf das Fehlen von forschungintensiven Branchen wie Pharma, Elektronik und Maschinenbau zurückzuführen.

Die ÖAW sieht darüber hinaus tiefergehende Ursachen des schlechten gesellschaftlichen Innovationsklimas. Die Akzeptanz der Bedeutung von Wissenschaft und Forschung ist in der österreichischen Bevölkerung (im Vergleich mit den EU-Nachbarn) zu gering und die Skepsis gegenüber Innovationen zu groß.

Wissenschaftserziehung („Science Education“) hat in Österreich nicht den Stellenwert, der notwendig wäre, um Österreicher(innen) zu verantwortungsbewusst mitgestaltenden Staatsbürger(inne)n zu erziehen. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch der Schule zu. Wissenschaftserziehung muss eine größere Rolle spielen und die Curricula müssen entsprechend modernisiert und adaptiert werden. Die Vermittlung des Zusammenhanges zwischen Neugier, Kreativität, Problemlösung, Innovation und Umsetzung muss ein Kernelement der vorschulischen und schulischen Bildung sein. ■

Österreich ist Schlusslicht beim gesellschaftlichen Innovationsklima.

„Science Education“ muss gefördert werden.

► Verlässlicher Finanzierungspfad für Wissenschaft und Forschung

Die ÖAW unterstreicht die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 2009 (Universität Österreich 2025) sowie des Rats für Forschung und Technologieentwicklung (Strategie 2020), wonach ein verlässlicher Finanzierungspfad für Wissenschaft, Forschung und universitäre Lehre eines der wichtigsten Ziele darstellt. Die häufig genannten Orientierungsgrößen von drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung, zwei Prozent für den tertiären Bildungssektor und ein Prozent für die Grundlagenforschung sind zu beachten und möglichst schon vor 2020 zu erreichen. In der Realität ist Österreich von diesem Ziel weit entfernt.

Neben dem generellen Problem der nicht ausreichenden Forschungsfinanzierung durch die öffentliche Hand und der unzureichenden Forschungsausgaben der Privatwirtschaft zeigt sich, dass es kaum innovative Finanzierungsmodelle gibt.

Da in Österreich vor allem Klein- und Mittelbetriebe existieren, ist ein stark auf Konzerne abzielendes Finanzierungsmodell nicht realistisch. Auch zeigt die jüngste Debatte um direkte und indirekte Forschungsförderung (siehe dazu FWF Info, 2/10), dass es dringend an der Zeit ist, eine sachliche Diskussion über unterschiedliche Forschungsförderungsinstrumente und deren Stellenwert in der österreichischen Wissenschaftsfinanzierung zu führen. Die ÖAW wird hierbei gerne teilnehmen und entsprechende Beiträge leisten. ■

Diskussion über unterschiedliche Forschungsförderungsinstrumente und deren Stellenwert in der Wissenschaftsfinanzierung ist erforderlich.

► Budgeterfordernisse der ÖAW und Planungssicherheit

Die ÖAW ist die größte außeruniversitäre Trägerin der Grundlagenforschung in Österreich mit dem gesetzlichen Auftrag, die Wissenschaft in jeder Hinsicht zu fördern.

Wissenschaft und Forschung im Allgemeinen und die ÖAW im Speziellen brauchen Planungssicherheit über mehrere Jahre. Dies ist eine Voraussetzung für die Gewinnung fachlich hoch qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Investitionen in adäquate Infrastruktur wie Geräte und spezialisierte Labors.

Das Fehlen eines langfristigen Budgetpfades ist für die ÖAW unerträglich. Oft ist der ÖAW nicht einmal am Beginn des Jahres der Jahresetat bekannt. Sie fordert hier eine Gleichbehandlung mit den Universitäten und dem Institute of Science and Technology Austria (IST Austria) im Sinne mehrjähriger Budgetzusagen.

Die bereits vorliegenden Budgetanträge der ÖAW-Forschungseinrichtungen für 2011 liegen zwischen 20 und 40% über dem dargestellten Budget des Jahres 2010. Besonders hohen Kapitalbedarf haben die drei Forschungs-GmbHs, IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie, GMI – Gregor Mendel Institut für Molekulare Pflanzenbiologie und CeMM – Forschungszentrum für Molekulare Medizin, deren Bedürfnisse für 2011 insgesamt um 60 Prozent über dem Budget des Jahres 2010 liegen. Der Bedarf an adäquater Forschungsinfrastruktur ist im Bereich der Lebenswissenschaften ganz besonders hoch. Der schnelle Zugang zu neuesten Technologien entscheidet über die Konkurrenzfähigkeit der Spitzenforschung, wie sie an der ÖAW betrieben wird. Somit haben auch weitere ÖAW-Einrichtungen hohen Kapitalbedarf.

Erhöhter Finanzbedarf besteht auch für Bau- bzw. Ausbauprojekte an verschiedenen ÖAW-Standorten, die dringend notwendig sind, um die entsprechenden Rahmenbedingungen für die geforderten Forschungsleistungen zu schaffen. ■

Planungssicherheit über mehrere Jahre ist eine Voraussetzung für Investitionen.

Schneller Zugang zur neuesten Technologie entscheidet über das Überleben der Spitzenforschung.

► Leistungsfähige Governance-Strukturen

Hervorragende Forschungsleistungen entspringen in erster Linie individueller Leistungsfähigkeit der Forscherin oder des Forschers, Kreativität und Fantasie, Einsatzwillen und Leidenschaft für die Forschung. Den äußeren, institutionellen Strukturen kommt aber auch eine wesentliche Bedeutung zu.

Eine adäquate Ausgestaltung der Zusammenarbeit in Forschungseinheiten, die Schaffung von leistungsfördernden und -fördernden Strukturen und eine zukunftsgerichtete Personalplanung und Personalentwicklung sind entscheidende Erfolgsfaktoren für alle Wissenschaftsorganisationen. Daher sind die Universitäten und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf angemessene Governance-Strukturen angewiesen.

Rahmenbedingungen und Entscheidungsstrukturen für die Gestaltung einer konzisen und kohärenten Forschungspolitik sind verbesserungswürdig.

Leistungsfähige Governance-Strukturen sind auch für die Wissenschafts- und Forschungspolitik notwendig. Mit seinen forschungspolitischen Entscheidungen setzt der Staat die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wissenschaft eines Landes und bestimmt damit kurz- und langfristig die Entwicklung einer Wissensgesellschaft und deren Zukunftsperspektiven. Die österreichische Bundesregierung hat zwar mit den Arbeiten an einer FTI-Strategie zu einer Fokussierung ihrer Bemühungen angesetzt. Trotzdem ist es unübersehbar, dass die institutionellen Rahmenbedingungen und Entscheidungsstrukturen für die Gestaltung einer konzisen und kohärenten Forschungspolitik verbesserungswürdig sind.

Forschungspolitik sollte in einer Hand vereint und mit entsprechendem Gewicht und Sachverstand ausgestattet sein.

Die Verteilung der Zuständigkeiten für die wissenschaftliche Forschung auf mehrere Ministerien ist unter diesem Gesichtspunkt ein besonderer Nachteil. Forschungspolitik sollte möglichst in einer Hand vereint und innerhalb eines starken Ressorts mit entsprechendem Gewicht und Sachverstand ausgestattet sein. Dies gilt ungeachtet der ressortübergreifenden Verantwortung der gesamten Bundesregierung für die Zukunftssicherung durch Wissenschaft, der für die Entwicklung der Gesellschaft eine Schlüsselrolle zufällt. Im föderalistischen System Österreichs haben auch die Bundesländer Agenden der Forschungsförderung aufgegriffen. Auch wenn dies in erster Linie unter regionalpolitischen Gesichtspunkten geschieht, können auch die Bundesländer wichtige Impulse für die Wissenschaftsentwicklung geben. Zur Erhöhung der Effizienz des Einsatzes der knappen öffentlichen Mittel und zur Verbesserung der Transparenz ist eine bessere Abstimmung der Förderungspolitik im bundesstaatlichen Mehrebenensystem nötig. Österreich braucht einen abgestimmten, mehrjährigen und alle relevanten Institutionen umfassenden Forschungs-, Investitions- und Finanzierungsplan. ■

► Exzellenz braucht Perspektiven

Österreichs Wissenschaft braucht Planungssicherheit und Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Jahr für Jahr verlassen rund 20.000 meist junge Österreicher und Österreicherinnen das Land und nur rund 15.000 kehren wieder zurück.

Eine Analyse des Labor Force Survey, bei der die Auswanderer identifiziert werden, zeigt, dass es sich dabei um Facharbeiter(innen), um Maturant(inn)en und besonders häufig um Universitätsabsolvent(inn)en handelt. Sie verlassen das Land, weil sie im Ausland Karriere machen, sich fortbilden wollen, aber auch weil sie in Österreich zu wenige Perspektiven sehen. Die Universitäten sind unterfinanziert und mit zu wenig wissenschaftlichem Personal ausgestattet. Das Verhältnis der Lehrenden zu den Studierenden ist weit entfernt von jenen Werten, die international üblich sind. Dazu kommt die bereits erwähnte Innovationschwäche der Industrie. Die geforderte Steigerung der Akademiker(innen)quote, ohne gleichzeitig auch entsprechende Perspektiven zu eröffnen, ist der Ausdruck einer konzeptionell nicht schlüssigen Wissenschafts- und Forschungspolitik. ■

Viele verlassen das Land, weil sie in Österreich zu wenige Perspektiven sehen.

► Talentierte Köpfe – schöpferische Forschungsatmosphäre

Talentierte und originelle Köpfe sind die wichtigste Voraussetzung für die Steigerung des Forschungspotenzials und damit für die Verbesserung des Wissenschaftsstandortes. Eine inspirierende und schöpferische Forschungsatmosphäre beruht auf Kompetenz und Freiheit der Forscher(innen), Innovationsbereitschaft, Kommunikation und Interaktion, intellektueller und kultureller Vielfalt, aber auch gesellschaftlicher Akzeptanz, positivem sozialem Klima, entsprechender Infrastruktur und finanzieller Planungssicherheit.

Eine wissensbasierte moderne Gesellschaft braucht eine Politik, die sich einer echten Zukunftsgestaltung verschreibt.

Eine wissensbasierte moderne und mündige Gesellschaft braucht höhere Bildung und insbesondere ein Grundverständnis für Methoden, Möglichkeiten und Grenzen von Wissenschaft und Forschung als Voraussetzung für das Verständnis der Welt und der Rolle des Menschen in ihr. Sie braucht eine Politik, die das ehrlich anstrebt und sich einer echten Zukunftsgestaltung verschreibt. Davon sind wir in Österreich noch immer weit entfernt und auch die Institutionen selbst gehen dabei nicht immer den richtigen Weg: die für die Wissenschaft so notwendigen schöpferischen Tätigkeiten lassen sich strukturell nur schlecht mit ständigen Evaluierungen, einer einschränkenden Outputorientierung und unsicherer und kurzfristiger Finanzierung in Einklang bringen.

Im Sinne der bereits erwähnten zunehmenden Diversität in den Lebenskontexten und Kooperationsformen von Wissenschaftler(inne)n bedarf es insbesondere auch einer kritischen Reflexion der vorherrschenden Organisationsformen von Wissenschaft und Forschung. Die ÖAW unterstützt aber auch mit Nachdruck alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der universitären Ausbildung führen. ■

► Frauenförderung hat sich nicht erübrigt

Der Frauenförderung kommt eine besondere Rolle zu: Um den Benachteiligungen von Frauen, die aus unterschiedlichen Lebensumständen rühren, entgegenzuwirken, bedarf es spezieller Programme für den weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs.

Aktuelle Daten belegen, dass z.B. in den universitären Karrieren noch immer keine Geschlechterparität herrscht: So lag der Frauenanteil im Wintersemester 2009/2010 bei den inländischen ordentlichen Studierenden an den öffentlichen Universitäten bei 53 Prozent, wenngleich dies über die Fachrichtungen stark variiert (Statistik Austria). Bei den Doktorentscheidungen liegt die Frauenquote noch bei 42 Prozent. Der Übergang in die Karriere als Wissenschaftlerin gelingt schließlich nur noch wenigen: Knapp 19 Prozent in der Dozenten- und 15 Prozent in der Professorenkategorie sind Frauen (vgl. Universitätsbericht 2008: S. 262). Darüber hinaus sind Frauen auch in den Entscheidungsgremien der Universitäten unterrepräsentiert.

Um Chancengleichheit von Frauen und Männern herzustellen, sind sowohl strukturelle Maßnahmen als auch individuelle Förderungen von Frauen notwendig. Die erfolgreiche Implementierung von Gleichstellungsmaßnahmen erhöht die Sichtbarkeit des Potenzials von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung gleichermaßen: Hervorragende Talente können aus einer größeren Gesamtheit ausgewählt werden, vielfältige Forschungsperspektiven werden gefördert.

Darüber hinaus stellt die feministische Forschung seit Jahren fest, dass die Dominanz der Männer in der Wissenschaft auch inhaltliche Konsequenzen hat: So sind die Verfahrensweisen der Erkenntnisgewinnung, Fragestellungen und Zielsetzungen in der Forschung überwiegend männlich geprägt. ■

Frauen sind im Wissenschaftsbetrieb unterrepräsentiert.

Strukturelle Maßnahmen und individuelle Förderungen zur Herstellung von Chancengleichheit

► Spitzenforschung in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften basiert auf Langfristigkeit

Forschungsinstitutionen der GSK sind stark auf öffentliche Förderungen angewiesen.

Die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK) nehmen in Österreich in vielen Bereichen einen Spitzenplatz ein. Allerdings sind ihre Forschungsinstitutionen stark auf öffentliche Förderungen angewiesen. Für die Pflege und den Erhalt der GSK sind daher die Präsenz und das Interesse der öffentlichen Hand unverzichtbar. Eine Eigenheit geistes- und kulturwissenschaftlicher Forschungen besteht darin, dass nicht alle Fächer und Projekte große Teams und die Ausstattung mit kostspieligen Geräten erfordern und dass eine Steigerung von Leistungsfähigkeit und Exzellenz keineswegs nur von der Bildung von Großinstituten zu erwarten ist. Auch kleinere und geringer dotierte Forschungsgruppierungen arbeiten effizient. Eine weitere Eigenheit der GSK besteht darin, dass viele der geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten eine lange Zeit der Einarbeitung und damit ein längerfristiges Engagement erfordern. Mitarbeiter(innen) sind weniger leicht austauschbar und oft nur schwer nachzubersetzen. Karriere-Pfade sollten daher auf diese Umstände Rücksicht nehmen.

Der Zerstreuung von Forschungsschwerpunkten auf viele Institutionen ist durch Bündelungen entgegenzusteuern.

Die Geistes- und Kulturwissenschaften neigen eher zu individueller, dafür aber kooperativer und netzwerkender Projektarbeit, da die Gegenstände ihrer Forschungen eine Annäherung mit unterschiedlichen Methoden und einen Diskurs aus unterschiedlichen Problemstellungen erforderlich machen. Allerdings ist es notwendig, der Zersplitterung von Forschungsschwerpunkten auf viele hoch qualifizierte und international wahrgenommene, aber über ganz Österreich verteilte Institutionen durch Bündelungen entgegenzusteuern. Auf regionaler Ebene ist die Schaffung von Plattformen oder „Clustern“ denkbar, auf über-regionaler Ebene die Bildung von Netzwerken. Bei derartigen Bemühungen ist es wichtig, dass alle daran interessierten Stellen (Universitäten, Universitätenkonferenz, Forschungsrat, ÖAW, FWF) an einem Strang ziehen. Vor allem bleibt die rasche Realisierung des 2009 ausgearbeiteten Programms NIKE („Nationale Initiative: Kulturelles Erbe“) ein dringendes Desiderat, da es allen genannten Erfordernissen entspricht. ■

► Wissenschaft und Medien

Die Beziehung zwischen Wissenschaft und Medien hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Die Wissenschaftsberichterstattung ist heute fixer Bestandteil des Medienangebots. Wissenschaftler(innen) sind sich bewusst, dass in der modernen Wissensgesellschaft die Kommunikation ihrer Themen und Anliegen an die Öffentlichkeit ein unabdingbarer Bestandteil der wissenschaftlichen Tätigkeit selbst ist. Eine von der Europäischen Kommission Ende 2007 in Auftrag gegebene Umfrage und eine aktuelle Untersuchung der Wissenschaftsberichterstattung zeigen für Österreich allerdings eine prekäre Situation auf: Wissenschaftler(innen) genießen zwar einen guten Ruf, können aber offenbar zu selten die richtigen Worte finden, um mit einem breiteren Publikum zu kommunizieren. Journalist(inn)en gelingt es nur in beschränktem Maße, relevante und als nützlich empfundene Themen aufzugreifen und zu kommunizieren.

Eine Behandlung von Querschnittsthemen ist kaum zu beobachten, die Voraussetzungen von Wissenschaftsproduktion werden selten thematisiert. Tendenziell wird ein positivistisches Wissenschaftsbild vermittelt und über Forschungsergebnisse als „Fortschritte“ berichtet. Vor allem aber werden wissenschaftliche Erkenntnisse und Überlegungen zu meist so präsentiert, dass sie nicht in den Lebenszusammenhang der Menschen integriert werden können.

Wissenschaftskommunikation bedeutet nicht nur Wissenschaftsvermittlung, sondern die kommunikative Einbettung von Wissenschaft in gesellschaftliche Zusammenhänge. Die Wissenschaft muss der Öffentlichkeit vermitteln, dass die Komplexität der „Wirklichkeit“ nicht auf einfache „Wahrheiten“ reduziert werden kann, sondern oft alternative Problemlösungen erfordert. Wie das Beispiel der USA und Großbritanniens zeigt, ist der Weg von einem solchen „Public Understanding of Science“ zu einem „Public Engagement with Science“ lang und schwierig, aber unausweichlich. Es geht dabei um die öffentliche Thematisierung grundlegender Fragen durch die Wissenschaft und die Einbindung ihres Problemlösungspotenzials in den gesellschaftlichen Diskurs. Eine auch von der Politik so verstandene Rolle der Wissenschaft entspräche den Erfordernissen eines modernen Wissenschaftsstandorts. ■

In der modernen Wissensgesellschaft ist die Kommunikation wissenschaftlicher Themen an die Öffentlichkeit ein unabdingbarer Bestandteil der wissenschaftlichen Tätigkeit selbst.

Einbettung von Wissenschaft in gesellschaftliche Zusammenhänge

Impressum

Herausgeber:

Präsidium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, 1010 Wien
www.oeaw.ac.at

Texte: Mitglieder des Präsidiums der ÖAW, wirkliche Mitglieder Andrea Barta, Walter Berka, Rainer Blatt, Heinz Fassmann, Andreas Kappeler, Arnold Schmidt und Giulio Superti-Furga, korrespondierendes Mitglied Hans Goebel sowie Mitglieder der Jungen Kurie Edeltraud Hanappi-Egger und Hanns-Christoph Nägerl

Redaktion: Marianne Baumgart, Verwaltungsstelle für Öffentlichkeitsarbeit

Graphische Gestaltung: Angelika Eckel, Verwaltungsstelle für Öffentlichkeitsarbeit;

Österreichkarte: H. Blazejovsky

Druck: Gröbner Druck GesmbH, Oberwart

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright © 2010 by

Österreichische Akademie der Wissenschaften

